

# Bundesgesetzblatt <sup>277</sup>

Teil II

Z 1998 A

1975	Ausgegeben zu Bonn am 15. März 1975	Nr. 16
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
27. 1. 75	Bekanntmachung der Neufassung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung von Austauschvorhaben zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung .....	277
28. 2. 75	Bekanntmachung des Straßburger Abkommens über die Internationale Patentklassifikation	283
28. 2. 75	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation .....	299
3. 3. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des am 24. Juli 1971 in Paris revidierten Welturheberrechtsabkommens .....	299
4. 3. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens betreffend Auskünfte über ausländisches Recht .....	300

**Bekanntmachung  
der Neufassung des Abkommens  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika  
über die Durchführung von Austauschvorhaben  
zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung**

Vom 27. Januar 1975

Das in Bonn am 20. November 1962 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung von Austauschvorhaben zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 27) ist durch eine Vereinbarung vom 11. Januar 1974 geändert worden. Die ab 11. Januar 1974 geltende Fassung des Abkommens wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Februar 1964 (Bundesgesetzbl. II S. 215).

Bonn, den 27. Januar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Abkommen**  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika  
über die Durchführung von Austauschvorhaben  
zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung

**Agreement**  
between the Government of the Federal Republic of Germany  
and the Government of the United States of America  
for Conducting Certain Educational Exchange Programs

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika —

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the Government of the United States of America —

VON DEM WUNSCH BESELT, die Vorhaben zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Völker der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika durch einen stärkeren Austausch von Kenntnissen und von fachlich besonders qualifizierten Personen durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Erziehungswesens fortzusetzen und auszuweiten,

IN DER ERWÄGUNG, daß dieser Austausch der fortschreitenden Entwicklung auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung in beiden Staaten und den immer enger werdenden Beziehungen zwischen ihren Völkern angepaßt werden sollte,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Es wird eine Kommission mit der Bezeichnung „Kommission für den Studenten- und Dozentenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika“ (im folgenden als „die Kommission“ bezeichnet) eingesetzt, die an die Stelle der „United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany“ tritt. Die Kommission wird von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als eine zweiseitige Organisation anerkannt. Sie wird geschaffen und eingesetzt, um die Durchführung eines mit den ihr für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Mitteln finanzierten Austauschprogramms auf dem Bildungsbereich zu erleichtern und auf Ersuchen oder mit Genehmigung der beiden Regierungen die Durchführung anderer der Förderung der Zwecke dieses Abkommens dienender Vorhaben zu übernehmen oder daran mitzuwirken oder sie sonstwie zu erleichtern.

Die Kommission untersteht nicht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten von Amerika, soweit sich diese Gesetze auf die Verwendung und Veräußerung von Geldern und Geldforderungen und den Erwerb und die Verwendung von Vermögenswerten für die Zwecke dieses Abkommens beziehen. Die Kommission wird von der Bundesrepublik Deutschland als zwischenstaatliche Organisation anerkannt und genießt in der Bundesrepublik Deutschland alle in den Paragraphen 3, 4, 7 und 9 des am 21. November 1947 von der General-

DESIRING to continue and expand programs to promote further mutual understanding between the peoples of the Federal Republic of Germany and the United States of America by a wider exchange of knowledge and professional talents through educational means,

CONSIDERING that this exchange should be adapted to progressive developments in the field of education and training in the two countries and to the increasingly close relations between their peoples,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

There shall be established a commission to be known as the Commission for Educational Exchange between the Federal Republic of Germany and the United States of America (hereinafter designated "the Commission"), to replace the United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany. The Commission shall be recognized by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America as a binational organization created and established to facilitate the administration of an educational program to be financed with funds made available to the Commission for such purpose and, at the request or with the approval of the two Governments, to administer or assist in administering or otherwise facilitate other programs in furtherance of the purposes of the present Agreement.

The Commission shall be exempt from the domestic and local laws of the United States of America as such laws relate to the use and expenditure of currencies and credits for currencies and the acquisition and use of property for the purposes set forth in the present Agreement. The Commission shall be recognized by the Federal Republic of Germany as an international organization and shall enjoy in the Federal Republic of Germany all privileges, exemptions and immunities set forth in Sections 3, 4, 7 and 9 of the Convention on Privileges

versammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen niedergelegten Vorrechte, Befreiungen und Immunitätsrechte.

Die gemäß diesem Abkommen vorbehaltlich der nachstehend aufgeführten Bedingungen und Beschränkungen zur Verfügung gestellten Mittel (einschließlich etwaiger aus der Investierung oder einer anderen Verwendung dieser Mittel erwachsender Zins- oder sonstiger Erträge) werden von der Kommission oder einem sonstigen von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in gegenseitigem Einvernehmen bestellten Rechtsträger zu folgenden Zwecken verwendet:

- a) zur Finanzierung einer Studien-, Forschungs-, Lehr- und anderen Tätigkeit auf dem Gebiet des Bildungswesens von Deutschen oder für Deutsche (im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland) an amerikanischen Hochschulen und Bildungsanstalten innerhalb oder außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika und von oder für amerikanische Staatsangehörige und Staatszugehörige in der Bundesrepublik Deutschland;
- b) zur Finanzierung von Besuchen und Austauschvorhaben für Studenten, Hochschulpraktikanten, Forscher, Lehrer, Bildungsexperten, Dozenten und Professoren, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen.

#### Artikel 2

Die Kommission besteht aus zehn Mitgliedern, von denen fünf Deutsche mit ständigem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin und fünf Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind. Außerdem sind der Bundesminister des Auswärtigen und der Leiter der diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland Ehrenvorsitzende der Kommission.

Die deutschen Mitglieder der Kommission werden vom Bundesminister des Auswärtigen ernannt und abberufen. Die amerikanischen Mitglieder der Kommission, von denen mindestens zwei Beamte des Auswärtigen Dienstes der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland sein sollen, werden von dem Leiter der diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland ernannt und abberufen.

Die Mitglieder der Kommission wählen aus ihrer Mitte einen stimmberechtigten Vorsitzenden.

Die Amtszeit der Mitglieder beginnt mit ihrer Ernennung und endet an dem darauffolgenden 31. Dezember; Wiederernennung ist zulässig. Die durch Rücktritt, Verlegung des Wohnsitzes in ein Land außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, Ablauf der Amtszeit oder auf eine andere Weise freiwerdenden Stellen werden nach dem in diesem Artikel niedergelegten Ernennungsverfahren besetzt.

Die Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus; jedoch ist die Kommission ermächtigt, den Mitgliedern die ihnen aus der Teilnahme an den Sitzungen der Kommission und aus der Wahrnehmung sonstiger ihnen von der Kommission übertragener Amtsgeschäfte erwachsenden Auslagen zu erstatten.

#### Artikel 3

Soweit es die Kommission zur Führung ihrer Geschäfte für erforderlich erachtet, gibt sie sich eine Geschäftsordnung und setzt Ausschüsse ein.

and Immunities of the Specialized Agencies adopted by the General Assembly of the United Nations on November 21, 1947.

The funds made available under the present Agreement (including any accruals arising from investments or other use thereof as interest or otherwise), subject to the conditions and limitations hereinafter set forth, shall be used by the Commission or such other instrumentality as may be agreed upon by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America for the purpose of:

- a) financing studies, research, instruction and other educational activities of or for German citizens (within the meaning of Article 116 (1) of the Basic Law of the Federal Republic of Germany) in American colleges and institutions of learning located in or outside the United States of America, and of or for American citizens and nationals in the Federal Republic of Germany;
- b) financing visits and interchanges between the Federal Republic of Germany and the United States of America of students, academic trainees, researchers, teachers, education specialists, instructors, and professors.

#### Article 2

The Commission shall consist of ten members, five of whom shall be German citizens having permanent residence in the Federal Republic of Germany including Land Berlin and five of whom shall be American citizens. In addition the Minister for Foreign Affairs and the Chief of the Diplomatic Mission of the United States of America in the Federal Republic of Germany shall be Honorary Chairmen of the Commission.

The Minister for Foreign Affairs shall have the power to appoint and remove the German members on the Commission. The Chief of the Diplomatic Mission of the United States of America to the Federal Republic of Germany shall have the power to appoint and remove the American members on the Commission, at least two of whom shall be officers of the United States Foreign Service establishment in the Federal Republic of Germany.

A chairman with voting power shall be selected by the Commission from among its members.

The members shall serve from the time of their appointment until the following December 31 and shall be eligible for reappointment. Vacancies by reason of resignation, transfer of residence outside the Federal Republic of Germany, expiration of service or otherwise, shall be filled in accordance with the appointment procedure set forth in this article.

The members shall serve without compensation but the Commission is authorized to pay the necessary expenses of the members in attending the meetings of the Commission and in performing other official duties assigned by the Commission.

#### Article 3

The Commission shall adopt such by-laws and appoint such committees as it shall deem necessary for the conduct of the affairs of the Commission.

## Artikel 4

Zur Förderung der Zwecke dieses Abkommens kann die Kommission vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens alle zur Erreichung dieser Zwecke erforderlichen Befugnisse ausüben, einschließlich der folgenden: Sie kann

1. Programme zur Förderung der Zwecke dieses Abkommens ausarbeiten, annehmen und durchführen;
2. in Zusammenarbeit mit dem Board of Foreign Scholarships in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Studenten, Hochschulpraktikanten, Forscher, Lehrer, Bildungsexperten, Dozenten und Professoren für die Teilnahme an dem Programm bestimmen;
3. in Zusammenarbeit mit dem Board of Foreign Scholarships in den Vereinigten Staaten von Amerika ansässige Studenten, Hochschulpraktikanten, Forscher, Lehrer, Bildungsexperten, Dozenten und Professoren für die Teilnahme an dem Programm zulassen und zuteilen;
4. aus ihrer Mitte einen Schatzmeister wählen und ihn zur Entgegennahme von Geldmitteln ermächtigen, die auf ein Bankkonto der Kommission einzuzahlen sind. Soweit diese Geldmittel nicht für laufende Geschäfte benötigt werden, legt der Schatzmeister sie in von dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Außenminister genehmigten Wertpapieren an;
5. die Verausgabung von Mitteln und die Gewährung von Stipendien und Vorschüssen für die genehmigten Zwecke dieses Abkommens einschließlich der Zahlung von Reisekosten, Unterrichtsgebühren, Unterhaltungskosten und anderen damit zusammenhängenden Ausgaben bewilligen;
6. eine regelmäßige Prüfung der Geschäftsbücher des Schatzmeisters der Kommission durch mit Zustimmung des Bundesministers des Auswärtigen und des Außenministers bestellte Rechnungsprüfer veranlassen;
7. einen Verwaltungsdirektor und Verwaltungsbedienstete und Büropersonal einstellen und ihre Gehälter und Löhne festsetzen und auszahlen und andere für notwendig erachtete Verwaltungskosten aus den aus diesem Abkommen zur Verfügung stehenden Mitteln bestreiten;
8. mit Genehmigung des Bundesministers des Auswärtigen und des Außenministers andere Programme zur Förderung der Zwecke dieses Abkommens übernehmen, daran mitwirken oder sie sonstwie erleichtern.

## Artikel 5

Die Übernahme aller von der Kommission gutgeheißenen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen und alle von ihr gutgeheißenen Ausgaben erfolgen nach Maßgabe eines jährlichen Haushaltsplanes, der vom Bundesminister des Auswärtigen und von dem Außenminister zu genehmigen ist.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stimmen darin überein, daß eine zufriedenstellende Erfüllung der Zwecke dieses Abkommens eine langfristige Planung notwendig macht. Beide Regierungen werden soweit wie möglich ein der Bedeutung und den Zwecken dieses Abkommens angemessenes Finanzvolumen sicherstellen. Dementsprechend wird die Kommission ihrer Programmplanung einen Dreijahreszeitraum zugrunde legen und hinsichtlich der jährlich erforderlichen Mittel den Haushalt des akademischen Jahres 1973/74 als Ausgangspunkt benutzen.

## Article 4

In furtherance of the purposes of the present Agreement and subject to the conditions thereof, the Commission may exercise all powers necessary to the carrying out of such purposes including the following:

1. plan, adopt, and carry out programs in furtherance of the purposes of the present Agreement;
2. designate, in co-operation with the Board of Foreign Scholarships of the United States of America, students, academic trainees, researchers, teachers, education specialists, instructors, and professors, resident in the Federal Republic of Germany, to participate in the program;
3. approve and place, in co-operation with the Board of Foreign Scholarships of the United States of America, students, academic trainees, researchers, teachers, education specialists, instructors, and professors, resident in the United States of America, to participate in the program;
4. elect from its membership a Treasurer and authorize him to receive funds to be deposited in a bank account of the Commission. To the extent funds are not required for current activities, the Treasurer shall invest them in such securities as may be approved by the Minister for Foreign Affairs and the Secretary of State;
5. authorize the disbursement of funds and the making of grants and advances of funds for the authorized purposes of the present Agreement, including payment for transportation, tuition, maintenance and other expenses incident thereto;
6. provide for periodic audits of the accounts of the Treasurer of the Commission as directed by auditors approved by the Minister for Foreign Affairs and the Secretary of State;
7. engage an Executive Director and an administrative and clerical staff and pay the salaries and wages thereof, and incur other administrative expenses as may be deemed necessary out of funds made available under the Agreement;
8. with the approval of the Minister for Foreign Affairs and the Secretary of State, administer or assist in administering or otherwise facilitate other programs in furtherance of the purposes of the present Agreement.

## Article 5

All commitments, obligations and expenditures authorized by the Commission shall be made in accordance with an annual budget to be approved by the Minister for Foreign Affairs and the Secretary of State.

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America agree that a satisfactory fulfillment of the purposes of this Agreement necessitates long-term planning. Both Governments shall to the extent possible make sure that financing will be provided on a scale commensurate with the importance and purposes of this Agreement. Accordingly, the Commission shall base its program planning on a three-year period, using as its point of departure with respect to the funds required annually the budget of the academic year 1973/74.

## Artikel 6

Alljährlich sind dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Außenminister nach Form und Inhalt angemessene Berichte über die Tätigkeit der Kommission vorzulegen.

## Artikel 7

Die Geschäftsstelle der Kommission befindet sich am Sitz der Bundesregierung oder in dessen Nähe; doch können Sitzungen der Kommission und ihrer Ausschüsse auch an anderen von der Kommission von Zeit zu Zeit zu bestimmenden Orten stattfinden; die Tätigkeit der Mitglieder oder Bediensteten der Kommission kann an jedem von der Kommission genehmigten Ort ausgeübt werden.

## Artikel 8

Die Geldmittel, welche die Kommission benötigt, um die Ziele dieses Abkommens zu erreichen, werden in Übereinstimmung mit dem nach Artikel 5 zu genehmigenden Haushaltsplan von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Verfügung gestellt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika werden sich hierbei von der Überzeugung leiten lassen, daß es sich bei den Vorhaben, die durch dieses Abkommen gefördert werden, um ein gemeinsames deutsch-amerikanisches Programm handelt, an dessen Aufrechterhaltung und Finanzierung beide Seiten in gleicher Weise interessiert sind und das deshalb eine Angelegenheit beider Staaten ist. Ausgehend von diesem Grundinteresse, eine paritätische Finanzierung zu erreichen, werden die beiden Regierungen jährlich Einvernehmen über die Höhe ihrer Anteile herstellen. Die Erfüllung des Abkommens hat zur Voraussetzung, daß beiden Regierungen eine gesetzliche Ermächtigung und die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Außer den in Absatz 1 bezeichneten Mitteln stehen der Kommission Geldmittel und Vermögenswerte, die ihr von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika seit ihrer Errichtung zur Verfügung gestellt worden sind, zur Durchführung dieses Abkommens zur Verfügung.

Die beiden Regierungen kommen ferner überein, daß besondere Zuwendungen, welche die Kommission von einer der beiden Regierungen erhält, ebenfalls für die Zwecke dieses Abkommens verwendet werden können.

Alle Geldmittel und alle aus der Investierung oder einer weiteren Verwendung dieser Mittel erwachsenden Zins- oder sonstigen Erträge und alle Zuwendungen, die der Kommission aus irgendeiner anderen Quelle zufließen, können in Übereinstimmung mit dem nach Artikel 5 genehmigten Haushaltsplan verwendet werden.

## Artikel 9

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um das in diesem Abkommen vereinbarte Programm für den Personenaustausch zu erleichtern und Probleme, die sich im Zuge seiner Durchführung ergeben, zu lösen.

## Artikel 10

In diesem Abkommen bedeutet der Begriff „Bundesminister des Auswärtigen“ den Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und jeden Beamten oder Bediensteten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der von ihm dazu bestimmt wird, für

## Article 6

Reports acceptable in form and content shall be made annually on the activities of the Commission to the Minister for Foreign Affairs and the Secretary of State.

## Article 7

The Commission's Secretariat shall be at or near the seat of the Government of the Federal Republic of Germany; but meetings of the Commission and any of its committees may be held in such other places as the Commission may from time to time determine, and the activities of any of the Commission's officers or staff may be carried on at such places as may be approved by the Commission.

## Article 8

The funds needed by the Commission in order to achieve the aims of this Agreement will be made available by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America, in accordance with the budget as approved under Article 5. The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America will act on the conviction that the projects promoted by this Agreement constitute a joint German-American program which the two sides have a like interest in maintaining and financing and which is therefore a concern of both states. Proceeding from this basic interest to achieve parity financing, the two Governments will come to a yearly agreement as to the amount of their shares. The consummation of the Agreement will be subject to the availability of legal authorization and required funds to both Governments.

In addition to the funds provided for in the preceding paragraph, the Commission will, in order to carry out this Agreement, have at its disposal funds and property made available to it since its establishment by the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America.

The two Governments further agree that special allocations received by the Commission from either Government may also be used for the purposes of this Agreement.

All funds and all interest or other earnings derived from the investment or further use of these funds and all allocations received by the Commission from any other source may be used in accordance with the annual budget approved under Article 5.

## Article 9

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America shall make every effort to facilitate the exchange of persons program authorized in this Agreement and to resolve problems which may arise in the operations thereof.

## Article 10

Whenever, in the present Agreement, the term "Minister for Foreign Affairs" is used, it shall be understood to mean the Minister for Foreign Affairs in the Federal Republic of Germany or any officer or employee of the Government of the Federal Republic of Germany as he

ihn zu handeln. Der Begriff „Außenminister“ bedeutet den Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika oder jeden Beamten oder Bediensteten der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der von ihm dazu bestimmt wird, für ihn zu handeln.

#### Artikel 11

Dieses Abkommen kann durch einen diplomatischen Notenwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika geändert werden.

#### Artikel 12

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 13

Dieses Abkommen tritt an die Stelle des in Bonn am 18. Juli 1952 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in seiner geänderten Fassung.

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitteilt, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Bonn am 20. November 1962 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

may designate to act in his behalf. Whenever the term "Secretary of State" is used, it shall be understood to mean the Secretary of State of the United States of America or any officer or employee of the Government of the United States of America designated by him to act in his behalf.

#### Article 11

The present Agreement may be amended by the exchange of diplomatic notes between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America.

#### Article 12

The Agreement shall also apply in Land Berlin, unless the Government of the Federal Republic of Germany delivers a statement to the contrary to the Government of the United States of America within three months from the effective date of the Agreement.

#### Article 13

The present Agreement supersedes the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America signed at Bonn on July 18, 1952, as amended.

This Agreement enters into force on the date the Government of the United States of America is notified by the Government of the Federal Republic of Germany that the domestic prerequisites for the entry into force have been met.

DONE at Bonn in two originals, each of them in the German and the English languages, both texts being equally authentic, this 20th day of November, 1962.

**Bekanntmachung  
des Straßburger Abkommens  
über die Internationale Patentklassifikation**

**Vom 28. Februar 1975**

Das von der Bundesrepublik Deutschland am 24. März 1971 unterzeichnete Straßburger Abkommen über die Internationale Patentklassifikation tritt nach seinem Artikel 13 Abs. 1 Buchstabe a für die

Bundesrepublik Deutschland am 7. Oktober 1975 in Kraft; die Ratifikationsurkunde ist am 13. Juli 1973 beim Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum hinterlegt worden.

Das Abkommen tritt nach seinem Artikel 13 Abs. 1 Buchstabe a ferner für

Brasilien	Norwegen
Dänemark	Osterreich
Frankreich	Schweden
Irland	Schweiz
Israel	Vereinigtes Königreich
Niederlande	Vereinigte Staaten

am 7. Oktober 1975

und außerdem nach seinem Artikel 13 Abs. 1 Buchstabe b für

Ägypten	am 17. Oktober 1975
Australien	am 12. November 1975
Spanien	am 29. November 1975

in Kraft.

Bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden oder Beitrittsurkunden haben Erklärungen abgegeben

nach Artikel 4 Abs. 4 Ziffer i des Abkommens

Australien  
Irland  
Norwegen  
Vereinigtes Königreich

nach Artikel 4 Abs. 4 Ziffer i und ii des Abkommens

Spanien

nach Artikel 4 Abs. 4 Ziffer ii des Abkommens

Frankreich.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Von einer Veröffentlichung der in Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe a Ziffern i und ii sowie Buchstabe b des Abkommens angeführten Klassifikation wird wegen des großen Umfangs abgesehen. Bezugsquelle für die englische und französische Originalfassung der geltenden Klassifikation ist der Verlag Morgan-Grampion Limited, 30 Calderwood Street, Woolwich, London SE 18 6QH, Bezugsquelle für die vom Deutschen Patentamt herausgegebene deutsche Übersetzung der Carl Heymanns Verlag, München, Köln, Berlin.

Bonn, den 28. Februar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Straßburger Abkommen  
über die Internationale Patentklassifikation**

**Strasbourg Agreement  
Concerning the International Patent Classification**

**Arrangement de Strasbourg  
concernant la classification internationale des brevets**

*(Amtlicher deutscher Text gemäß  
Artikel 16 Absatz 2)*

**The Contracting Parties,**

Considering that the universal adoption of a uniform system of classification of patents, inventors' certificates, utility models and utility certificates is in the general interest and is likely to establish closer international cooperation in the industrial property field, and to contribute to the harmonization of national legislation in that field,

Recognizing the importance of the European Convention on the International Classification of Patents for Invention, of December 19, 1954, under which the Council of Europe created the International Classification of Patents for Invention,

Having regard to the universal value of this Classification, and to its importance to all countries party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property,

Having regard to the importance to developing countries of this Classification, which gives them easier access to the ever-expanding volume of modern technology,

Having regard to Article 19 of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property of March 20, 1883, as revised at Brussels on December 14, 1900, at Washington on June 2, 1911, at The Hague on November 6, 1925, at London on June 2, 1934, at Lisbon on October 31, 1958, and at Stockholm on July 14, 1967,

Agree as follows:

**Article 1**

**Establishment of a Special Union;  
Adoption of an  
International Classification**

The countries to which this Agreement applies constitute a Special Union and adopt a common classification for patents for invention, inven-

**Les Parties Contractantes,**

Considérant que l'adoption, sur le plan mondial, d'un système uniforme pour la classification des brevets, des certificats d'auteur d'invention, des modèles d'utilité et des certificats d'utilité répond à l'intérêt général et est de nature à établir une coopération internationale plus étroite et à favoriser l'harmonisation des systèmes juridiques dans le domaine de la propriété industrielle,

Reconnaissant l'importance de la Convention européenne sur la classification internationale des brevets d'invention, du 19 décembre 1954, par laquelle le Conseil de l'Europe a institué la classification internationale des brevets d'invention,

Eu égard à la valeur universelle de cette classification et à l'importance qu'elle présente pour tous les pays parties à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

Conscientes de l'importance que cette classification présente pour les pays en voie de développement, en leur facilitant l'accès au volume toujours croissant de la technologie moderne,

Vu l'article 19 de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle du 20 mars 1883, telle qu'elle a été révisée à Bruxelles le 14 décembre 1900, à Washington le 2 juin 1911, à La Haye le 6 novembre 1925, à Londres le 2 juin 1934, à Lisbonne le 31 octobre 1958 et à Stockholm le 14 juillet 1967,

Sont convenues de ce qui suit:

**Article 1<sup>er</sup>**

**Constitution d'une Union particulière;  
Adoption d'une classification  
internationale**

Les pays auxquels s'applique le présent arrangement sont constitués à l'état d'Union particulière et adoptent une classification commune, ap-

**Die Vertragsparteien,**

In der Erwägung, daß die weltweite Annahme einer einheitlichen Klassifikation für Patente, Erfinderscheine, Gebrauchsmuster und Gebrauchszertifikate im allgemeinen Interesse liegt und geeignet erscheint, eine engere internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes herzustellen und die Angleichung der nationalen Rechte auf diesem Gebiet zu fördern;

In Anerkennung der Bedeutung des Europäischen Übereinkommens vom 19. Dezember 1954 über die Internationale Patentklassifikation, auf Grund dessen der Europarat die Internationale Klassifikation für Erfindungspatente erstellt hat;

Im Hinblick auf den weltweiten Nutzen dieser Klassifikation und ihre Bedeutung für alle Vertragsländer der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums;

Im Bewußtsein der Bedeutung, die diese Klassifikation für die Entwicklungsländer aufweist, indem sie ihnen den Zugang zu der in ständigem Wachstum begriffenen modernen Technik erleichtert;

Gestützt auf Artikel 19 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 in ihrer am 14. Dezember 1900 in Brüssel, am 2. Juni 1911 in Washington, am 6. November 1925 im Haag, am 2. Juni 1934 in London, am 31. Oktober 1958 in Lissabon und am 14. Juli 1967 in Stockholm revidierten Fassung,

Haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

**Errichtung eines besonderen  
Verbands; Annahme einer  
internationalen Klassifikation**

Die Länder, auf die dieses Abkommen Anwendung findet, bilden einen besonderen Verband und nehmen eine gemeinsame Klassifikation für Er-

tors<sup>3</sup> certificates, utility models and utility certificates, to be known as the "International Patent Classification" (hereinafter designated as the "Classification").

#### Article 2

##### Definition of the Classification

- (1) (a) The Classification comprises:
- (i) the text which was established pursuant to the provisions of the European Convention on the International Classification of Patents for Invention of December 19, 1954 (hereinafter designated as the "European Convention"), and which came into force and was published by the Secretary General of the Council of Europe on September 1, 1968;
  - (ii) the amendments which have entered into force pursuant to Article 2 (2) of the European Convention prior to the entry into force of this Agreement;
  - (iii) the amendments made thereafter in accordance with Article 5 which enter into force pursuant to the provisions of Article 6.
- (b) The Guide and the notes included in the text of the Classification are an integral part thereof.

(2) (a) The text referred to in paragraph (1) (a) (i) is contained in two authentic copies, each in the English and French languages, deposited, at the time that this Agreement is opened for signature, one with the Secretary General of the Council of Europe and the other with the Director General of the World Intellectual Property Organization (hereinafter respectively designated "Director General" and "Organization") established by the Convention of July 14, 1967.

(b) The amendments referred to in paragraph (1) (a) (ii) shall be deposited in two authentic copies, each in the English and French languages, one with the Secretary General of the Council of Europe and the other with the Director General.

(c) The amendments referred to in paragraph (1) (a) (iii) shall be deposited in one authentic copy only, in the English and French languages, with the Director General.

#### Article 3

##### Languages of the Classification

(1) The Classification shall be established in the English and French languages, both texts being equally authentic.

pelée « classification internationale des brevets » (dénommée ci-après « classification »), pour les brevets d'invention, les certificats d'auteur d'invention, les modèles d'utilité et les certificats d'utilité.

#### Article 2

##### Définition de la classification

- 1) a) La classification est constituée par:
- i) le texte qui a été établi conformément aux dispositions de la Convention européenne sur la classification internationale des brevets d'invention, du 19 décembre 1954 (dénommée ci-après « Convention européenne »), et qui est entré en vigueur et a été publié par le Secrétaire général du Conseil de l'Europe le 1<sup>er</sup> septembre 1968;
  - ii) les modifications qui sont entrées en vigueur en vertu de l'article 2.2) de la Convention européenne avant l'entrée en vigueur du présent arrangement;
  - iii) les modifications apportées par la suite en vertu de l'article 5 et qui entrent en vigueur conformément à l'article 6.
- b) Le guide d'utilisation et les notes qui sont contenus dans le texte de la classification font partie intégrante de celle-ci.

2) a) Le texte visé à l'alinéa 1) a) i) est contenu dans deux exemplaires authentiques, en langues anglaise et française, déposés, au moment où le présent arrangement est ouvert à la signature, l'un auprès du Secrétaire général du Conseil de l'Europe et l'autre auprès du Directeur général de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (dénommés respectivement ci-après « Directeur général » et « Organisation ») instituée par la Convention du 14 juillet 1967.

b) Les modifications visées à l'alinéa 1) a) ii) sont déposées en deux exemplaires authentiques, en langues anglaise et française, l'un auprès du Secrétaire général du Conseil de l'Europe et l'autre auprès du Directeur général.

c) Les modifications visées à l'alinéa 1) a) iii) sont déposées en un seul exemplaire authentique, en langues anglaise et française, auprès du Directeur général.

#### Article 3

##### Langues de la classification

1) La classification est établie dans les langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi.

findungspatente, Erfinderscheine, Gebrauchsmuster und Gebrauchszertifikate an, die die Bezeichnung „Internationale Patentklassifikation“ trägt (im folgenden als „Klassifikation“ bezeichnet).

#### Artikel 2

##### Begriffsbestimmung der Klassifikation

- (1) a) Die Klassifikation besteht aus
- i) dem Text, der gemäß den Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 (im folgenden als „Europäisches Übereinkommen“ bezeichnet) abgefaßt und am 1. September 1968 in Kraft getreten sowie vom Generalsekretär des Europarats bekanntgemacht worden ist;
  - ii) den Änderungen, die nach Artikel 2 Absatz 2 des Europäischen Übereinkommens vor Inkrafttreten dieses Abkommens in Kraft getreten sind;
  - iii) den Änderungen, die nach diesem Zeitpunkt gemäß Artikel 5 vorgenommen worden sind und nach Artikel 6 in Kraft treten.

b) Die Einführung in die Internationale Patentklassifikation und die im Text der Klassifikation enthaltenen Anmerkungen sind Bestandteil der Klassifikation.

(2) a) Der in Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i bezeichnete Text ist in zwei Urschriften, jede in englischer und französischer Sprache, enthalten, von denen zum Zeitpunkt der Auflegung dieses Abkommens zur Unterzeichnung eine beim Generalsekretär des Europarats und die andere beim Generaldirektor der durch das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 errichteten Weltorganisation für geistiges Eigentum (im folgenden als „Generaldirektor“ und „Organisation“ bezeichnet) hinterlegt ist.

b) Die in Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii bezeichneten Änderungen werden in zwei Urschriften, jede in englischer und französischer Sprache, hinterlegt, und zwar eine beim Generalsekretär des Europarats und die andere beim Generaldirektor.

c) Die in Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iii bezeichneten Änderungen werden in einer einzigen Urschrift in englischer und französischer Sprache beim Generaldirektor hinterlegt.

#### Artikel 3

##### Sprachen der Klassifikation

(1) Die Klassifikation wird in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Official texts of the Classification, in German, Japanese, Portuguese, Russian, Spanish and in such other languages as the Assembly referred to in Article 7 may designate, shall be established by the International Bureau of the Organization (hereinafter designated as the "International Bureau"), in consultation with the interested Governments and either on the basis of a translation submitted by those Governments or by any other means which do not entail financial implications for the budget of the Special Union or for the Organization.

2) Le Bureau international de l'Organisation (dénommé ci-après « Bureau international ») établit, en consultation avec les gouvernements intéressés, soit sur la base d'une traduction proposée par ces gouvernements, soit en ayant recours à tout autre moyen qui n'aurait aucune incidence financière sur le budget de l'Union particulière ou pour l'Organisation, des textes officiels de la classification dans les langues allemande, espagnole, japonaise, portugaise, russe et dans les autres langues que pourra désigner l'Assemblée visée à l'article 7.

(2) Das Internationale Büro der Organisation (im folgenden als „Internationales Büro“ bezeichnet) stellt nach Konsultierung der beteiligten Regierungen entweder auf Grund einer von diesen Regierungen vorgeschlagenen Übersetzung oder unter Zuhilfenahme anderer Mittel, die keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushaltsplan des besonderen Verbands oder für die Organisation haben, amtliche Texte der Klassifikation in deutscher, japanischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache sowie in anderen Sprachen her, welche die in Artikel 7 genannte Versammlung bestimmen kann.

#### Article 4

##### Use of the Classification

(1) The Classification shall be solely of an administrative character.

(2) Each country of the Special Union shall have the right to use the Classification either as a principal or as a subsidiary system.

(3) The competent authorities of the countries of the Special Union shall include in

- (i) patents, inventors' certificates, utility models and utility certificates issued by them, and in applications relating thereto, whether published or only laid open for public inspection by them, and
- (ii) notices, appearing in official periodicals, of the publication or laying open of the documents referred to in subparagraph (i)

the complete symbols of the Classification applied to the invention to which the document referred to in subparagraph (i) relates.

(4) When signing this Agreement or when depositing its instrument of ratification or accession:

- (i) any country may declare that it does not undertake to include the symbols relating to groups or subgroups of the Classification in applications as referred to in paragraph (3) which are only laid open for public inspection and in notices relating thereto, and
- (ii) any country which does not proceed to an examination as to novelty, whether immediate or deferred, and in which the procedure for the grant of patents or other kinds of protection does not provide for a search into the state of the art, may declare that it does

#### Article 4

##### Application de la classification

1) La classification n'a qu'un caractère administratif.

2) Chacun des pays de l'Union particulière a la faculté d'appliquer la classification à titre de système principal ou de système auxiliaire.

3) Les administrations compétentes des pays de l'Union particulière feront figurer

- i) dans les brevets, certificats d'auteur d'invention, modèles d'utilité et certificats d'utilité qu'elles délivrent, ainsi que dans les demandes de tels titres, qu'elles les publient ou les mettent seulement à la disposition du public pour inspection,
- ii) dans les communications par lesquelles des périodiques officiels font connaître la publication ou la mise à la disposition du public des documents mentionnés au sous-alinéa i),

les symboles complets de la classification donnés à l'invention qui est l'objet du document mentionné au sous-alinéa i).

4) Au moment de la signature du présent arrangement ou du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion:

- i) tout pays peut déclarer qu'il se réserve de ne pas faire figurer les symboles relatifs aux groupes ou sous-groupes de la classification dans les demandes visées à l'alinéa 3) qui sont seulement mises à la disposition du public pour inspection et dans les communications y relatives;
- ii) tout pays qui ne procède pas à l'examen de la nouveauté des inventions, qu'il soit immédiat ou différé, et dont la procédure de délivrance des brevets ou des autres titres de protection ne prévoit pas une recherche sur l'état de la technique peut déclarer qu'il se

#### Artikel 4

##### Anwendung der Klassifikation

(1) Die Klassifikation hat nur verwaltungsmäßige Bedeutung.

(2) Jedes Land des besonderen Verbands ist berechtigt, die Klassifikation als Haupt- oder als Nebenklassifikation anzuwenden.

(3) Die zuständigen Behörden der Länder des besonderen Verbands werden

- i) in den von ihnen erteilten Patenten, Erfinderscheinen, Gebrauchsmustern und Gebrauchszertifikaten sowie den entsprechenden von ihnen veröffentlichten oder auch nur zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegten Anmeldungen sowie
- ii) in den in amtlichen Zeitschriften erscheinenden Bekanntmachungen der Veröffentlichung oder Auslegung der unter Ziffer i bezeichneten Schriftstücke

die vollständigen Klassifikationssymbole angeben, die der Erfindung, welche den Gegenstand des unter Ziffer i erwähnten Schriftstücks bildet, zugeordnet worden sind.

(4) Bei der Unterzeichnung dieses Abkommens oder der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde

- i) kann jedes Land erklären, daß es sich vorbehält, die Klassifikationssymbole der Gruppen oder Untergruppen in den in Absatz 3 genannten, nur zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegten Anmeldungen und in den darauf bezüglichen Bekanntmachungen nicht anzugeben;
- ii) kann jedes Land, das weder eine sofortige noch eine aufgeschobene Neuheitsprüfung vornimmt und in dem im Verfahren für die Erteilung von Patenten oder anderen Schutzrechten keine Ermittlung des Standes der Technik vorgesehen ist, erklären, daß es sich vorbehält,

not undertake to include the symbols relating to the groups and subgroups of the Classification in the documents and notices referred to in paragraph (3). If these conditions exist only in relation to certain kinds of protection or certain fields of technology, the country in question may only make this reservation to the extent that the conditions apply.

(5) The symbols of the Classification, preceded by the words "International Patent Classification" or an abbreviation thereof to be determined by the Committee of Experts referred to in Article 5, shall be printed in heavy type, or in such a manner that they are clearly visible, in the heading of each document referred to in paragraph (3) (i) in which they are to be included.

(6) If any country of the Special Union entrusts the grant of patents to an intergovernmental authority, it shall take all possible measures to ensure that this authority uses the Classification in accordance with this Article.

#### Article 5

##### Committee of Experts

(1) A Committee of Experts shall be set up in which each country of the Special Union shall be represented.

(2) (a) The Director General shall invite intergovernmental organizations specialized in the patent field, and of which at least one of the member countries is party to this Agreement, to be represented by observers at meetings of the Committee of Experts.

(b) The Director General may, and, if requested by the Committee of Experts, shall, invite representatives of other intergovernmental and international non-governmental organizations to participate in discussions of interest to them.

(3) The Committee of Experts shall:

- (i) amend the Classification;
- (ii) address recommendations to the countries of the Special Union for the purpose of facilitating the use of the Classification and promoting its uniform application;
- (iii) assist in the promotion of international cooperation in the reclassification of documentation used for the examination of inventions, taking in particular the needs of developing countries into account;

réserve de ne pas faire figurer les symboles relatifs aux groupes et sous-groupes de la classification dans les documents et les communications visés à l'alinéa 3). Si ces conditions n'existent que pour certaines catégories de titres de protection ou certains domaines de la technique, le pays en cause ne peut faire usage de la réserve que dans cette mesure.

5) Les symboles de la classification, précédés de la mention « classification internationale des brevets » ou d'une abréviation arrêtée par le Comité d'experts visé à l'article 5, seront imprimés, en caractères gras ou d'une autre façon bien visible, en tête de chaque document visé à l'alinéa 3) i) dans lequel ils doivent figurer.

6) Si un pays de l'Union particulière confie la délivrance des brevets à une administration intergouvernementale, il prend toutes mesures en son pouvoir pour que cette administration applique la classification conformément au présent article.

#### Article 5

##### Comité d'experts

1) Il est institué un Comité d'experts dans lequel chacun des pays de l'Union particulière est représenté.

2) a) Le Directeur général invite les organisations intergouvernementales spécialisées dans le domaine des brevets et dont un au moins des pays membres est partie au présent arrangement à se faire représenter par des observateurs aux réunions du Comité d'experts.

b) Le Directeur général peut, et, à la demande du Comité d'experts, doit inviter des représentants d'autres organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales à prendre part aux discussions qui les intéressent.

3) Le Comité d'experts:

- i) modifie la classification;
- ii) adresse aux pays de l'Union particulière des recommandations tendant à faciliter l'utilisation de la classification et à en promouvoir l'application uniforme;
- iii) prête son concours en vue de promouvoir la coopération internationale dans la reclassification de la documentation servant à l'examen des inventions, en prenant notamment en considération les besoins des pays en voie de développement;

die Klassifikationssymbole für die Gruppen und Untergruppen in den in Absatz 3 genannten Schriftstücken und Bekanntmachungen nicht anzugeben. Sind diese Bedingungen nur für bestimmte Arten von Schutzrechten oder nur für bestimmte Gebiete der Technik erfüllt, so kann das betreffende Land von dem Vorbehalt nur in diesem Umfang Gebrauch machen.

(5) Die Klassifikationssymbole sind unter Voranstellung der Bezeichnung „Internationale Patentklassifikation“ oder einer von dem in Artikel 5 bezeichneten Sachverständigenausschuß zu beschließenden Abkürzung davon in Fettdruck oder auf andere gut sichtbare Weise am Kopf eines jeden in Absatz 3 Ziffer i bezeichneten Schriftstücks, in das sie aufgenommen werden müssen, aufzudrucken.

(6) Überträgt ein Land des besonderen Verbands die Erteilung von Patenten einer zwischenstaatlichen Behörde, so trifft es alle in seinen Kräften stehenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß diese Behörde die Klassifikation in Übereinstimmung mit diesem Artikel anwendet.

#### Artikel 5

##### Sachverständigenausschuß

(1) Es wird ein Sachverständigenausschuß gebildet, in dem jedes Land des besonderen Verbands vertreten ist.

(2) a) Der Generaldirektor lädt die auf dem Gebiet des Patentwesens spezialisierten zwischenstaatlichen Organisationen, von deren Mitgliedsländern mindestens eines diesem Abkommen angehört, ein, sich an den Sitzungen des Sachverständigenausschusses durch Beobachter vertreten zu lassen.

b) Der Generaldirektor kann und, wenn der Sachverständigenausschuß es beantragt, wird Vertreter anderer zwischenstaatlicher und internationaler nichtstaatlicher Organisationen einladen, an den sie interessierenden Beratungen teilzunehmen.

(3) Der Sachverständigenausschuß

- i) ändert die Klassifikation;
- ii) richtet an die Länder des besonderen Verbands Empfehlungen, um den Gebrauch der Klassifikation zu erleichtern und ihre einheitliche Anwendung zu fördern;
- iii) gewährt zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit seine Unterstützung bei der Umklassifizierung des Prüfstoßes, wobei er insbesondere den Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung trägt;

(iv) take all other measures which, without entailing financial implications for the budget of the Special Union or for the Organization, contribute towards facilitating the application of the Classification by developing countries;

(v) have the right to establish subcommittees and working groups.

(4) The Committee of Experts shall adopt its own Rules of Procedure. These shall allow for the possibility of participation of intergovernmental organizations, referred to in paragraph (2) (a), which can perform substantial work in the development of the Classification, in meetings of its subcommittees and working groups.

(5) Proposals for amendments to the Classification may be made by the competent authority of any country of the Special Union, the International Bureau, any intergovernmental organization represented in the Committee of Experts pursuant to Paragraph (2) (a) and any other organization specially invited by the Committee of Experts to submit such proposals. The proposals shall be communicated to the International Bureau which shall submit them to the members of the Committee of Experts and to the observers not later than two months before the session of the Committee of Experts at which the said proposals are to be considered.

(6) (a) Each country member of the Committee of Experts shall have one vote.

(b) The decisions of the Committee of Experts shall require a simple majority of the countries represented and voting.

(c) Any decision which is regarded by one-fifth of the countries represented and voting as giving rise to a modification in the basic structure of the Classification or as entailing a substantial work of reclassification shall require a majority of three-fourths of the countries represented and voting.

(d) Abstentions shall not be considered as votes.

iv) prend toutes autres mesures qui, sans avoir d'incidences financières sur le budget de l'Union particulière ou pour l'Organisation, sont de nature à faciliter l'application de la classification par les pays en voie de développement;

v) est habilité à instituer des sous-comités et des groupes de travail.

4) Le Comité d'experts adopte son règlement intérieur. Ce dernier donne aux organisations intergouvernementales mentionnées à l'alinéa 2) a) qui peuvent apporter une contribution substantielle au développement de la classification la possibilité de prendre part aux réunions des sous-comités et groupes de travail du Comité d'experts.

5) Les propositions de modifications de la classification peuvent être faites par l'administration compétente de tout pays de l'Union particulière, le Bureau international, les organisations intergouvernementales représentées au Comité d'experts en vertu de l'alinéa 2) a) et toutes autres organisations spécialement invitées par le Comité d'experts à formuler de telles propositions. Les propositions sont communiquées au Bureau international, qui les soumet aux membres du Comité d'experts et aux observateurs au plus tard deux mois avant la session du Comité d'experts au cours de laquelle elles seront examinées.

6) a) Chaque pays membre du Comité d'experts dispose d'une voix.

b) Le Comité d'experts prend ses décisions à la majorité simple des pays représentés et votants.

c) Toute décision qu'un cinquième des pays représentés et votants considèrent comme impliquant une transformation de la structure fondamentale de la classification ou comme entraînant un important travail de reclassification doit être prise à la majorité des trois quarts des pays représentés et votants.

d) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

iv) trifft alle sonstigen Maßnahmen, die, ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan des besonderen Verbands oder für die Organisation zu haben, zur Erleichterung der Anwendung der Klassifikation durch Entwicklungsländer beitragen;

v) ist berechtigt, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen einzusetzen.

(4) Der Sachverständigenausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Darin ist den in Absatz 2 Buchstabe a bezeichneten zwischenstaatlichen Organisationen, die zur Weiterentwicklung der Klassifikation maßgeblich beitragen können, die Möglichkeit einzuräumen, an den Sitzungen der Unterausschüsse und Arbeitsgruppen teilzunehmen.

(5) Vorschläge für die Änderung der Klassifikation können von der zuständigen Behörde jedes Landes des besonderen Verbands, vom Internationalen Büro, von jeder gemäß Absatz 2 Buchstabe a im Sachverständigenausschuß vertretenen zwischenstaatlichen Organisation und von jeder sonstigen Organisation unterbreitet werden, die vom Sachverständigenausschuß dazu aufgefordert worden ist. Die Vorschläge werden dem Internationalen Büro übermittelt, das sie den Mitgliedern des Sachverständigenausschusses und den Beobachtern spätestens zwei Monate vor der Tagung des Sachverständigenausschusses, in deren Verlauf sie geprüft werden sollen, unterbreitet.

(6) a) Jedes Mitgliedsland des Sachverständigenausschusses verfügt über eine Stimme.

b) Der Sachverständigenausschuß faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Länder.

c) Jeder Beschluß, der nach Ansicht eines Fünftels der vertretenen und abstimmenden Länder eine Änderung der Grundstruktur der Klassifikation herbeiführt oder eine wesentliche Umklassifizierungsarbeit nach sich zieht, bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der vertretenen und abstimmenden Länder.

d) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

#### Article 6

##### Notification, Entry into Force and Publication of Amendments and Other Decisions

(1) Every decision of the Committee of Experts concerning the adoption of amendments to the Classification and recommendations of the Committee of Experts shall be notified by the International Bureau to the competent authorities of the countries of the

#### Article 6

##### Notification, entrée en vigueur et publication des modifications et des autres décisions

(1) Toutes les décisions du Comité d'experts relatives à des modifications apportées à la classification, de même que les recommandations du Comité d'experts, sont notifiées par le Bureau international aux administrations compétentes des pays de l'Union particu-

#### Artikel 6

##### Notifikation, Inkrafttreten und Veröffentlichung von Änderungen und anderen Beschlüssen

(1) Das Internationale Büro notifiziert den zuständigen Behörden der Länder des besonderen Verbands alle Beschlüsse des Sachverständigenausschusses über Änderungen der Klassifikation sowie die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses. Die An-

Special Union. The amendments shall enter into force six months from the date of dispatch of the notification.

(2) The International Bureau shall incorporate in the Classification the amendments which have entered into force. Announcements of the amendments shall be published in such periodicals as are designated by the Assembly referred to in Article 7.

#### Article 7

##### Assembly of the Special Union

(1) (a) The Special Union shall have an Assembly consisting of the countries of the Special Union.

(b) The Government of each country of the Special Union shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors and experts.

(c) Any intergovernmental organization referred to in Article 5 (2) (a) may be represented by an observer in the meetings of the Assembly, and, if the Assembly so decides, in those of such committees or working groups as may have been established by the Assembly.

(d) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) (a) Subject to the provisions of Article 5, the Assembly shall:

- (i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Special Union and the implementation of this Agreement,
- (ii) give directions to the International Bureau concerning the preparation for conferences of revision;
- (iii) review and approve the reports and activities of the Director General concerning the Special Union, and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Special Union;
- (iv) determine the program and adopt the triennial budget of the Special Union, and approve its final accounts;
- (v) adopt the financial regulations of the Special Union;
- (vi) decide on the establishment of official texts of the Classification in languages other than English, French and those listed in Article 3 (2);
- (vii) establish such committees and working groups as it deems appropriate to achieve the objectives of the Special Union;

lière. Les modifications entrent en vigueur six mois après la date de l'envoi des notifications.

2) Le Bureau international incorpore dans la classification les modifications entrées en vigueur. Les modifications font l'objet d'avis publiés dans les périodiques désignés par l'Assemblée visée à l'article 7.

#### Article 7

##### Assemblée de l'Union particulière

1) a) L'Union particulière a une Assemblée composée des pays de l'Union particulière.

b) Le gouvernement de chaque pays de l'Union particulière est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

c) Toute organisation intergouvernementale visée à l'article 5.2) a) peut se faire représenter par un observateur aux réunions de l'Assemblée et, si cette dernière en décide ainsi, à celles des comités et groupes de travail institués par l'Assemblée.

d) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le gouvernement qui l'a désignée.

2) a) Sous réserve des dispositions de l'article 5, l'Assemblée:

- i) traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union particulière et l'application du présent arrangement;
- ii) donne au Bureau international des directives concernant la préparation des conférences de révision;
- iii) examine et approuve les rapports et les activités du Directeur général relatifs à l'Union particulière et lui donne toutes directives utiles concernant les questions de la compétence de l'Union particulière;
- iv) arrête le programme, adopte le budget triennal de l'Union particulière et approuve ses comptes de clôture;
- v) adopte le règlement financier de l'Union particulière;
- vi) décide de l'établissement des textes officiels de la classification en d'autres langues que l'anglais, le français et celles énumérées à l'article 3.2);
- vii) crée les comités et groupes de travail qu'elle juge utiles à la réalisation des objectifs de l'Union particulière;

derungen treten sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Notifikation in Kraft.

(2) Das Internationale Büro nimmt die in Kraft getretenen Änderungen in die Klassifikation auf. Die Änderungen werden in den Zeitschriften veröffentlicht, die von der in Artikel 7 erwähnten Versammlung bestimmt werden.

#### Artikel 7

##### Versammlung des besonderen Verbands

(1) a) Der besondere Verband hat eine Versammlung, die sich aus den Ländern des besonderen Verbands zusammensetzt.

b) Die Regierung jedes Landes des besonderen Verbands wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.

c) Jede in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a bezeichnete zwischenstaatliche Organisation kann sich in den Sitzungen der Versammlung und auf Beschluß der Versammlung in den Sitzungen der von ihr eingesetzten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen durch einen Beobachter vertreten lassen.

d) Die Kosten jeder Delegation werden von der Regierung getragen, die sie entsandt hat.

(2) a) Vorbehaltlich des Artikels 5 wird die Versammlung

- i) alle Fragen betreffend die Erhaltung und die Entwicklung des besonderen Verbands sowie die Anwendung dieses Abkommens behandeln;
- ii) dem Internationalen Büro Weisungen für die Vorbereitung der Revisionskonferenzen erteilen;
- iii) die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors betreffend den besonderen Verband prüfen und billigen und ihm alle zweckdienlichen Weisungen in Fragen erteilen, die in die Zuständigkeit des besonderen Verbands fallen;
- iv) das Programm festlegen, den Dreijahres-Haushaltsplan des besonderen Verbands beschließen und seine Rechnungsabschlüsse billigen;
- v) die Finanzvorschriften des besonderen Verbands beschließen;
- vi) über die Herstellung amtlicher Texte der Klassifikation in anderen Sprachen als Englisch, Französisch und den in Artikel 3 Absatz 2 aufgeführten Sprachen entscheiden;
- vii) die Ausschüsse und Arbeitsgruppen bilden, die sie zur Verwirklichung der Ziele des besonderen Verbands für zweckdienlich hält;

(viii) determine, subject to paragraph (1) (c), which countries not members of the Special Union and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted as observers to its meetings, and to those of any committee or working group established by it;

(ix) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Special Union;

(x) perform such other functions as are appropriate under this Agreement.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(3) (a) Each country member of the Assembly shall have one vote.

(b) One-half of the countries members of the Assembly shall constitute a quorum.

(c) In the absence of the quorum, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the conditions set forth hereinafter are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the countries members of the Assembly which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of countries having thus expressed their vote or abstention attains the number of countries which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

(d) Subject to the provisions of Article 11 (2), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

(e) Abstentions shall not be considered as votes.

(f) A delegate may represent, and vote in the name of, one country only.

(4) (a) The Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the

viii) décide, sous réserve de l'alinéa 1) c), quels sont les pays non membres de l'Union particulière et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis comme observateurs à ses réunions et à celles des comités et groupes de travail créés par elle;

ix) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union particulière;

x) s'acquitte de toutes autres tâches qu'implique le présent arrangement.

b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue, connaissance prise de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

3) a) Chaque pays membre de l'Assemblée dispose d'une voix.

b) La moitié des pays membres de l'Assemblée constitue le quorum.

c) Si ce quorum n'est pas atteint, l'Assemblée peut prendre des décisions; toutefois, les décisions de l'Assemblée, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que lorsque les conditions énoncées ci-après sont remplies. Le Bureau international communique lesdites décisions aux pays membres de l'Assemblée qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de cette communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre des pays ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention est au moins égal au nombre de pays qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.

d) Sous réserve des dispositions de l'article 11.2), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

e) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

f) Un délégué ne peut représenter qu'un seul pays et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

4) a) L'Assemblée se réunit une fois tous les trois ans en session ordinaire, sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la

viii) vorbehaltlich des Absatzes 1 Buchstabe c bestimmen, welche dem besonderen Verband nicht angehörenden Länder, welche zwischenstaatlichen und welche internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen und denen der von ihr eingesetzten Ausschüsse und Arbeitsgruppen als Beobachter zugelassen werden;

ix) jede andere Handlung vornehmen, die zur Erreichung der Ziele des besonderen Verbands geeignet ist;

x) alle anderen Aufgaben wahrnehmen, die sich aus diesem Abkommen ergeben.

b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Interesse sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(3) a) Jedes Mitgliedsland der Versammlung verfügt über eine Stimme.

b) Die Hälfte der Mitgliedsländer der Versammlung bildet das Quorum (die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Mindestzahl).

c) Kommt dieses Quorum nicht zustande, so kann die Versammlung Beschlüsse fassen, die jedoch mit Ausnahme von Beschlüssen über ihr eigenes Verfahren nur dann wirksam werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Das Internationale Büro teilt diese Beschlüsse den Mitgliedsländern der Versammlung, die nicht vertreten waren, mit und lädt sie ein, ihre Stimme oder Stimmenthaltung innerhalb einer Frist von drei Monaten, vom Zeitpunkt der Mitteilung an gerechnet, schriftlich bekanntzugeben. Erreicht bei Ablauf der Frist die Zahl der Länder, die auf diese Weise ihre Stimme oder Stimmenthaltung bekanntgegeben haben, die Zahl der Länder, die zur Erreichung des Quorums während der Tagung selbst fehlten, so werden die Beschlüsse wirksam, vorausgesetzt, daß zur gleichen Zeit die erforderliche Mehrheit erreicht bleibt.

d) Vorbehaltlich des Artikels 11 Absatz 2 faßt die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

e) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

f) Ein Delegierter kann nur ein Land vertreten und nur in dessen Namen abstimmen.

(4) a) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor alle drei Jahre einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und

absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, at the request of one-fourth of the countries members of the Assembly.

(c) The agenda of each session shall be prepared by the Director General.

(5) The Assembly shall adopt its own Rules of Procedure.

#### Article 8

##### International Bureau

(1) (a) Administrative tasks concerning the Special Union shall be performed by the International Bureau.

(b) In particular, the International Bureau shall prepare the meetings and provide the secretariat of the Assembly, the Committee of Experts and such other committees or working groups as may have been established by the Assembly or the Committee of Experts.

(c) The Director General shall be the chief executive of the Special Union and shall represent the Special Union.

(2) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the Committee of Experts and such other committees or working groups as may have been established by the Assembly or the Committee of Experts. The Director General, or a staff member designated by him, shall be *ex officio* secretary of those bodies.

(3) (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly, make the preparations for revision conferences.

(b) The International Bureau may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning preparations for revision conferences.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at revision conferences.

(4) The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it.

#### Article 9

##### Finances

(1) (a) The Special Union shall have a budget.

même période et au même lieu que l'Assemblée générale de l'Organisation.

b) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire, sur convocation adressée par le Directeur général, à la demande d'un quart des pays membres de l'Assemblée.

c) L'ordre du jour de chaque session est préparé par le Directeur général.

5) L'Assemblée adopte son règlement intérieur.

#### Article 8

##### Bureau international

1) a) Les tâches administratives incombant à l'Union particulière sont assurées par le Bureau international.

b) En particulier, le Bureau international prépare les réunions et assure le secrétariat de l'Assemblée, du Comité d'experts et de tout autre comité ou groupe de travail que l'Assemblée ou le Comité d'experts peuvent créer.

c) Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Union particulière et la représente.

2) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée, du Comité d'experts et de tout autre comité ou groupe de travail que l'Assemblée ou le Comité d'experts peuvent créer. Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de ces organes.

3) a) Le Bureau international prépare les conférences de révision selon les directives de l'Assemblée.

b) Le Bureau international peut consulter des organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales sur la préparation des conférences de révision.

c) Le Directeur général et les personnes désignées par lui prennent part, sans droit de vote, aux délibérations des conférences de révision.

4) Le Bureau international exécute toutes autres tâches qui lui sont attribuées.

#### Article 9

##### Finances

1) a) L'Union particulière a un budget.

zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

b) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, wenn ein Viertel der Mitgliedsländer der Versammlung es verlangt.

c) Die Tagesordnung jeder Tagung wird vom Generaldirektor vorbereitet.

(5) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 8

##### Internationales Büro

(1) a) Die Verwaltungsaufgaben des besonderen Verbands werden vom Internationalen Büro wahrgenommen.

b) Das Internationale Büro bereitet insbesondere die Sitzungen der Versammlung, des Sachverständigenausschusses sowie aller anderen Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die die Versammlung oder der Sachverständigenausschuß gegebenenfalls gebildet hat, vor und besorgt das Sekretariat dieser Organe.

c) Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des besonderen Verbands und vertritt diesen Verband.

(2) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Mitglieder des Personals nehmen ohne Stimmrecht teil an allen Sitzungen der Versammlung und des Sachverständigenausschusses sowie aller anderen Ausschüsse oder Arbeitsgruppen, die die Versammlung oder der Sachverständigenausschuß gegebenenfalls gebildet hat. Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär dieser Organe.

(3) a) Das Internationale Büro bereitet nach den Weisungen der Versammlung die Revisionskonferenzen vor.

b) Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung der Revisionskonferenzen zwischenstaatliche sowie internationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.

c) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen der Revisionskonferenzen teil.

(4) Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm übertragen werden.

#### Artikel 9

##### Finanzen

(1) a) Der besondere Verband hat einen Haushaltsplan.

(b) The budget of the Special Union shall include the income and expenses proper to the Special Union, its contribution to the budget of expenses common to the Unions and, where applicable, the sum made available to the budget of the Conference of the Organization.

(c) Expenses not attributable exclusively to the Special Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered as expenses common to the Unions. The share of the Special Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Special Union has in them.

(2) The budget of the Special Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.

(3) The budget of the Special Union shall be financed from the following sources:

- (i) contributions of the countries of the Special Union;
- (ii) fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Special Union;
- (iii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Special Union;
- (iv) gifts, bequests and subventions;
- (v) rents, interests and other miscellaneous income.

(4) (a) For the purpose of establishing its contribution referred to in paragraph (3) (i), each country of the Special Union shall belong to the same class as it belongs to in the Paris Union for the Protection of Industrial Property, and shall pay its annual contribution on the basis of the same number of units as is fixed for that class in that Union.

(b) The annual contribution of each country of the Special Union shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed to the budget of the Special Union by all countries as the number of its units is to the total of the units of all contributing countries.

(c) Contributions shall become due on the first of January of each year.

(d) A country which is in arrears in the payment of its contributions may not exercise its right to vote in any organ of the Special Union if the

b) Le budget de l'Union particulière comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union particulière, sa contribution au budget des dépenses communes aux Unions, ainsi que, le cas échéant, la somme mise à la disposition du budget de la Conférence de l'Organisation.

c) Sont considérées comme dépenses communes aux Unions les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union particulière mais également à une ou plusieurs autres Unions administrées par l'Organisation. La part de l'Union particulière dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.

2) Le budget de l'Union particulière est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres Unions administrées par l'Organisation.

3) Le budget de l'Union particulière est financé par les ressources suivantes:

- i) les contributions des pays de l'Union particulière;
- ii) les taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international au titre de l'Union particulière;
- iii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union particulière et les droits afférents à ces publications;
- iv) les dons, legs et subventions;
- v) les loyers, intérêts et autres revenus divers.

4) a) Pour déterminer sa part contributive au sens de l'alinéa 3) i), chaque pays de l'Union particulière appartient à la classe dans laquelle il est rangé pour ce qui concerne l'Union de Paris pour la protection de la propriété industrielle, et paie sa contribution annuelle sur la base du nombre d'unités déterminé pour cette classe dans cette Union.

b) La contribution annuelle de chaque pays de l'Union particulière consiste en un montant dont le rapport à la somme totale des contributions annuelles au budget de l'Union particulière de tous les pays est le même que le rapport entre le nombre des unités de la classe dans laquelle il est rangé et le nombre total des unités de l'ensemble des pays.

c) Les contributions sont dues au premier janvier de chaque année.

d) Un pays en retard dans le paiement de ses contributions ne peut exercer son droit de vote dans aucun des organes de l'Union particulière si

b) Der Haushaltsplan des besonderen Verbands umfaßt die eigenen Einnahmen und Ausgaben des besonderen Verbands, dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der Verbände sowie gegebenenfalls den dem Haushaltsplan der Konferenz der Organisation zur Verfügung gestellten Betrag.

c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem besonderen Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der Anteil des besonderen Verbands an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der besondere Verband an ihnen hat.

(2) Der Haushaltsplan des besonderen Verbands wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.

(3) Der Haushaltsplan des besonderen Verbands umfaßt folgende Einnahmen:

- i) Beiträge der Länder des besonderen Verbands;
- ii) Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbands;
- iii) Verkaufserlöse und andere Einkünfte aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den besonderen Verband betreffen;
- iv) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;
- v) Mieten, Zinsen und andere verschiedene Einkünfte.

(4) a) Jedes Land des besonderen Verbands wird zur Bestimmung seines Beitrags im Sinne des Absatzes 3 Ziffer i in die Klasse eingestuft, in die es im Pariser Verband zum Schutz des gewerblichen Eigentums eingestuft ist, und zahlt seinen Jahresbeitrag auf der Grundlage der für diese Klasse im Pariser Verband festgesetzten Zahl von Einheiten.

b) Der Jahresbeitrag jedes Landes des besonderen Verbands besteht aus einem Betrag, der in demselben Verhältnis zu der Summe der Jahresbeiträge aller Länder zum Haushaltsplan des besonderen Verbands steht wie die Zahl der Einheiten der Klasse, in die das Land eingestuft ist, zur Summe der Einheiten aller Länder.

c) Die Beiträge werden am 1. Januar jedes Jahres fällig.

d) Ein Land, das mit der Zahlung seiner Beiträge im Rückstand ist, kann sein Stimmrecht in keinem der Organe des besonderen Verbands ausüben,

amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. However, any organ of the Special Union may allow such a country to continue to exercise its right to vote in that organ if, and as long as, it is satisfied that the delay in payment is due to exceptional and unavoidable circumstances.

(e) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.

(5) The amount of the fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Special Union shall be established, and shall be reported to the Assembly, by the Director General.

(6) (a) The Special Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each country of the Special Union. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall decide to increase it.

(b) The amount of the initial payment of each country to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be a proportion of the contribution of that country for the year in which the fund is established or the decision to increase it is made.

(c) The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) In the headquarters agreement concluded with the country on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such country shall grant advances. The amount of those advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such country and the Organization.

(b) The country referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it was notified.

(8) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the countries of the Special Union or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

le montant de son arriéré est égal ou supérieur à celui des contributions dont il est redevable pour les deux années complètes écoulées. Cependant, un tel pays peut être autorisé à conserver l'exercice de son droit de vote au sein dudit organe aussi longtemps que ce dernier estime que le retard résulte de circonstances exceptionnelles et inévitables.

e) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

5) Le montant des taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international au titre de l'Union particulière est fixé par le Directeur général, qui fait rapport à l'Assemblée.

6) a) L'Union particulière possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par chaque pays de l'Union particulière. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée décide de son augmentation.

b) Le montant du versement initial de chaque pays au fonds précité ou de sa participation à l'augmentation de celui-ci est proportionnel à la contribution de ce pays pour l'année au cours de laquelle le fonds est constitué ou l'augmentation décidée.

c) La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination de l'Organisation.

7) a) L'accord de siège conclu avec le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, ce pays accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre le pays en cause et l'Organisation.

b) Le pays visé au sous-alinéa a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances, moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

8) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs pays de l'Union particulière ou par des contrôleurs extérieurs, qui sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

wenn der rückständige Betrag die Summe der von ihm für die zwei vorhergehenden Jahre geschuldeten Beiträge erreicht oder übersteigt. Jedoch kann jedes dieser Organe einem solchen Land gestatten, das Stimmrecht in diesem Organ weiter auszuüben, wenn und solange es überzeugt ist, daß der Zahlungsrückstand eine Folge außergewöhnlicher und unabwendbarer Umstände ist.

e) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahres beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahres nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.

(5) Die Höhe der Gebühren und Beiträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbands wird vom Generaldirektor festgesetzt, der der Versammlung darüber berichtet.

(6) (a) Der besondere Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch eine einmalige Zahlung jedes Landes des besonderen Verbands gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so beschließt die Versammlung seine Erhöhung.

b) Die Höhe der erstmaligen Zahlung jedes Landes zu diesem Fonds oder sein Anteil an dessen Erhöhung ist proportional zu dem Beitrag dieses Landes für das Jahr, in dem der Fonds gebildet oder die Erhöhung beschlossen wird.

c) Dieses Verhältnis und die Zahlungsbedingungen werden von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors und nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation festgesetzt.

(7) (a) Das Abkommen über den Sitz, das mit dem Land geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, sieht vor, daß dieses Land Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind in jedem Fall Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Land und der Organisation.

b) Das unter Buchstabe a bezeichnete Land und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.

(8) Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Ländern des besonderen Verbands oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen, die mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt werden.

## Article 10

## Revision of the Agreement

(1) This Agreement may be revised from time to time by a special conference of the countries of the Special Union.

(2) The convocation of any revision conference shall be decided by the Assembly.

(3) Articles 7, 8, 9 and 11 may be amended either by a revision conference or according to the provisions of Article 11.

## Article 10

## Révision de l'arrangement

1) Le présent arrangement peut être révisé périodiquement par des conférences spéciales des pays de l'Union particulière.

2) La convocation des conférences de révision est décidée par l'Assemblée.

3) Les articles 7, 8, 9 et 11 peuvent être modifiés soit par des conférences de révision, soit d'après les dispositions de l'Article 11.

## Artikel 10

## Revision des Abkommens

(1) Dieses Abkommen kann von Zeit zu Zeit von einer besonderen Konferenz der Länder des besonderen Verbands Revisionen unterzogen werden.

(2) Die Einberufung einer Revisionskonferenz wird von der Versammlung beschlossen.

(3) Die Artikel 7, 8, 9 und 11 können entweder durch eine Revisionskonferenz oder nach Maßgabe des Artikels 11 geändert werden.

## Article 11

## Amendment of Certain Provisions of the Agreement

(1) Proposals for the amendment of Articles 7, 8, 9 and of the present Article may be initiated by any country of the Special Union or by the Director General. Such proposals shall be communicated by the Director General to the countries of the Special Union at least six months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) Amendments to the Articles referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly. Adoption shall require three-fourths of the votes cast, provided that any amendment to Article 7 and to the present paragraph shall require four-fifths of the votes cast.

(3) (a) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the countries members of the Special Union at the time the amendment was adopted.

(b) Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the countries which are members of the Special Union at the time the amendment enters into force, provided that any amendment increasing the financial obligations of countries of the Special Union shall bind only those countries which have notified their acceptance of such amendment.

(c) Any amendment accepted in accordance with the provisions of subparagraph (a) shall bind all countries which become members of the Special Union after the date on which the amendment entered into force in accordance with the provisions of subparagraph (a).

## Article 11

## Modification de certaines dispositions de l'arrangement

1) Des propositions de modifications des articles 7, 8, 9 et du présent article peuvent être présentées par tout pays de l'Union particulière ou par le Directeur général. Ces propositions sont communiquées par ce dernier aux pays de l'Union particulière six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée.

2) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) est adoptée par l'Assemblée. L'adoption requiert les trois quarts des votes exprimés; toutefois, toute modification de l'article 7 et du présent alinéa requiert les quatre cinquièmes des votes exprimés.

3) a) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuées en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des pays qui étaient membres de l'Union particulière au moment où la modification a été adoptée.

b) Toute modification desdits articles ainsi acceptée lie tous les pays qui sont membres de l'Union particulière au moment où la modification entre en vigueur; toutefois, toute modification qui augmente les obligations financières des pays de l'Union particulière ne lie que ceux qui ont notifié leur acceptation de ladite modification.

c) Toute modification acceptée conformément au sous-alinéa a) lie tous les pays qui deviennent membres de l'Union particulière après la date à laquelle la modification est entrée en vigueur conformément au sous-alinéa a).

## Artikel 11

## Änderung einzelner Bestimmungen des Abkommens

(1) Vorschläge für die Änderung der Artikel 7, 8 und 9 sowie dieses Artikels können von jedem Land des besonderen Verbands oder vom Generaldirektor unterbreitet werden. Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie in der Versammlung beraten werden, den Ländern des besonderen Verbands mitgeteilt.

(2) Änderungen der in Absatz 1 bezeichneten Artikel werden von der Versammlung beschlossen. Der Beschluß erfordert drei Viertel der abgegebenen Stimmen; jede Änderung des Artikels 7 und dieses Absatzes erfordert jedoch vier Fünftel der abgegebenen Stimmen.

(3) a) Jede Änderung der in Absatz 1 bezeichneten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftliche Notifikation der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme des Änderungsvorschlags von drei Vierteln der Länder, die im Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Änderung Mitglied des besonderen Verbands waren, beim Generaldirektor eingegangen ist.

b) Jede auf diese Weise angenommene Änderung der genannten Artikel bindet alle Länder, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung Mitglied des besonderen Verbands sind; jedoch bindet eine Änderung, welche die finanziellen Verpflichtungen der Länder des besonderen Verbands erweitert, nur die Länder, die die Annahme dieser Änderung notifiziert haben.

c) Jede in Übereinstimmung mit Buchstabe a) angenommene Änderung bindet alle Länder, die nach dem Zeitpunkt, in dem die Änderung in Übereinstimmung mit Buchstabe a) in Kraft getreten ist, Mitglieder des besonderen Verbands werden.

## Article 12

**Becoming Party to the Agreement**

(1) Any country party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property may become party to this Agreement by:

- (i) signature followed by the deposit of an instrument of ratification, or
- (ii) deposit of an instrument of accession.

(2) Instruments of ratification or accession shall be deposited with the Director General.

(3) The provisions of Article 24 of the Stockholm Act of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property shall apply to this Agreement.

(4) Paragraph (3) shall in no way be understood as implying the Recognition or tacit acceptance, by a country of the Special Union, of the factual situation concerning a territory to which this Agreement is made applicable by another country by virtue of the said paragraph.

## Article 13

**Entry into Force of the Agreement**

(1) (a) This Agreement shall enter into force one year after instruments of ratification or accession have been deposited by:

- (i) two-thirds of the countries party to the European Convention on the date on which this Agreement is opened for signature, and
- (ii) three countries party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, which were not previously party to the European Convention and of which at least one is a country where, according to the most recent annual statistics published by the International Bureau on the date of deposit of its instrument of ratification or accession, more than 40 000 applications for patents or inventors' certificates have been filed.

(b) With respect to any country other than those for which this Agreement has entered into force pursuant to subparagraph (a), it shall enter into force one year after the date on which the ratification or accession of that country was notified by the Director General, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of ratification or accession. In the latter

## Article 12

**Modalités selon lesquelles les pays peuvent devenir parties à l'arrangement**

1) Tout pays partie à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle peut devenir partie au présent arrangement par:

- i) sa signature suivie du dépôt d'un instrument de ratification, ou
- ii) le dépôt d'un instrument d'adhésion.

2) Les instruments de ratification ou d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

3) Les dispositions de l'article 24 de l'Acte de Stockholm de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle s'appliquent au présent arrangement.

4) L'alinéa 3) ne saurait en aucun cas être interprété comme impliquant la reconnaissance ou l'acceptation tacite par l'un quelconque des pays de l'Union particulière de la situation de fait de tout territoire auquel le présent arrangement est rendu applicable par un autre pays en vertu dudit alinéa.

## Article 13

**Entrée en vigueur de l'arrangement**

1) a) Le présent arrangement entre en vigueur une année après le dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion

- i) des deux tiers des pays qui, à la date d'ouverture du présent arrangement à la signature, sont parties à la Convention européenne, et
- ii) de trois pays parties à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle mais non parties à la Convention européenne, l'un au moins devant être un pays où, d'après les plus récentes statistiques annuelles publiées par le Bureau international au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, plus de 40 000 demandes de brevets ou de certificats d'auteur d'invention ont été déposées.

b) A l'égard de tout pays autre que ceux pour lesquels l'arrangement est entré en vigueur selon le sous-alinéa a), le présent arrangement entre en vigueur une année après la date à laquelle la ratification ou l'adhésion de ce pays a été notifiée par le Directeur général, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument de ratification ou d'adhésion.

## Artikel 12

**Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden**

(1) Jedes Vertragsland der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums kann Vertragspartei dieses Abkommens werden durch

- i) Unterzeichnung und nachfolgende Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde oder
- ii) Hinterlegung einer Beitrittsurkunde.

(2) Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor hinterlegt.

(3) Artikel 24 der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist auf dieses Abkommen anzuwenden.

(4) Absatz 3 darf nicht dahin verstanden werden, daß er die Anerkennung oder stillschweigende Hinnahme der tatsächlichen Lage eines Gebiets, auf das dieses Abkommen durch ein Land auf Grund des genannten Absatzes anwendbar gemacht wird, durch ein anderes Land des besonderen Verbands in sich schließt.

## Artikel 13

**Inkrafttreten des Abkommens**

(1) a) Dieses Abkommen tritt ein Jahr nach dem Zeitpunkt in Kraft, in dem die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt worden sind

- i) von zwei Dritteln der Länder, die zu dem Zeitpunkt, in dem dieses Abkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wird, Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens waren und
- ii) von drei Vertragsländern der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, die bisher nicht Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens waren und von denen zumindest eines ein Land ist, in dem nach den jüngsten zur Zeit der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde vom Internationalen Büro veröffentlichten Jahresstatistiken mehr als 40 000 Anmeldungen für Patente oder Erfinderscheine eingereicht worden sind.

b) Für jedes Land, für das dieses Abkommen nicht nach Buchstabe a) in Kraft getreten ist, tritt es ein Jahr nach dem Zeitpunkt der Notifizierung seiner Ratifikation oder seines Beitritts durch den Generaldirektor in Kraft, sofern in der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist. In diesem Fall tritt das Abkommen für dieses

case, this Agreement shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(c) Countries party to the European Convention which ratify this Agreement or accede to it shall be obliged to denounce the said Convention, at the latest, with effect from the day on which this Agreement enters into force with respect to those countries.

(2) Ratification or accession shall automatically entail acceptance of all the clauses and admission to all the advantages of this Agreement.

#### Article 14

##### Duration of the Agreement

This Agreement shall have the same duration as the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

#### Article 15

##### Denunciation

(1) Any country of the Special Union may denounce this Agreement by notification addressed to the Director General.

(2) Denunciation shall take effect one year after the day on which the Director General has received the notification.

(3) The right of denunciation provided by this Article shall not be exercised by any country before the expiration of five years from the date upon which it becomes a member of the Special Union.

#### Article 16

##### Signature, Languages, Notification, Depositary Functions

(1) (a) This Agreement shall be signed in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic.

(b) This Agreement shall remain open for signature at Strasbourg until September 30, 1971.

(c) The original of this Agreement, when no longer open for signature, shall be deposited with the Director General.

(2) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in German, Japanese, Portuguese, Russian, Spanish and such other languages as the Assembly may designate.

(3) (a) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of the signed text of this Agreement

sion. Dans ce dernier cas, le présent arrangement entre en vigueur, à l'égard de ce pays, à la date ainsi indiquée.

c) Les pays parties à la Convention européenne qui ratifient le présent arrangement ou qui y adhèrent sont tenus de dénoncer cette Convention au plus tard avec effet à partir du jour où le présent arrangement entrera en vigueur à leur égard.

2) La ratification ou l'adhésion emporte de plein droit accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par le présent arrangement.

#### Article 14

##### Durée de l'arrangement

Le présent arrangement a la même durée que la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

#### Article 15

##### Dénonciation

1) Tout pays de l'Union particulière peut dénoncer le présent arrangement par notification adressée au Directeur général.

2) La dénonciation prend effet un an après le jour où le Directeur général a reçu la notification.

3) La faculté de dénonciation prévue par le présent article ne peut être exercée par un pays avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle il est devenu membre de l'Union particulière.

#### Article 16

##### Signature, langues, notifications, fonctions de dépositaire

1) a) Le présent arrangement est signé en un seul exemplaire original, en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi.

b) Le présent arrangement reste ouvert à la signature à Strasbourg jusqu'au 30 septembre 1971.

c) L'exemplaire original du présent arrangement, lorsqu'il n'est plus ouvert à la signature, est déposé auprès du Directeur général.

2) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des gouvernements intéressés, dans les langues allemande, espagnole, japonaise, portugaise, russe et dans les autres langues que l'Assemblée pourra désigner.

3) a) Le Directeur général certifie et transmet deux copies du texte signé du présent arrangement aux gouverne-

Land zu dem angegebenen Zeitpunkt in Kraft.

c) Vertragsländer des Europäischen Übereinkommens, die dieses Abkommen ratifizieren oder ihm beitreten, müssen jenes Übereinkommen spätestens mit Wirkung von dem Tag an kündigen, an dem dieses Abkommen für sie in Kraft tritt.

(2) Die Ratifikation oder der Beitritt bewirkt von Rechts wegen die Annahme aller Bestimmungen und die Zulassung zu allen Vorteilen dieses Abkommens.

#### Artikel 14

##### Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen hat dieselbe Geltungsdauer wie die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums.

#### Artikel 15

##### Kündigung

(1) Jedes Land des besonderen Verbands kann dieses Abkommen durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist.

(3) Das in diesem Artikel vorgesehene Kündigungsrecht kann von einem Land nicht vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Zeitpunkt ausgeübt werden, zu dem es Mitglied des besonderen Verbands geworden ist.

#### Artikel 16

##### Unterzeichnung, Sprachen, Notifikation, Aufgaben der Hinterlegungsstelle

(1) a) Dieses Abkommen wird in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

b) Dieses Abkommen liegt bis zum 30. September 1971 in Straßburg zur Unterzeichnung auf.

c) Die Urschrift dieses Abkommens wird, sobald es nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, beim Generaldirektor hinterlegt.

(2) Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Beratung mit den beteiligten Regierungen in deutscher, japanischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache sowie in anderen Sprachen hergestellt, die die Versammlung bestimmen kann.

(3) a) Der Generaldirektor übermittelt zwei von ihm beglaubigte Abschriften des unterzeichneten Textes

to the Governments of the countries that have signed it and, on request, to the Government of any other country. He shall also transmit a copy, certified by him, to the Secretary General of the Council of Europe.

(b) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of any amendment to this Agreement to the Governments of all countries of the Special Union and, on request, to the Government of any other country. He shall also transmit a copy, certified by him, to the Secretary General of the Council of Europe.

(c) The Director General shall, on request, furnish the Government of any country that has signed this Agreement, or that accedes to it, with a copy of the Classification, certified by him, in the English or French language.

(4) The Director General shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

(5) The Director General shall notify the Governments of all countries party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property and the Secretariat General of the Council of Europe of:

- (i) signatures;
- (ii) deposits of instruments of ratification or accession;
- (iii) the date of entry into force of this Agreement;
- (iv) reservations on the use of the Classification;
- (v) acceptances of amendments to this Agreement;
- (vi) the dates on which such amendments enter into force;
- (vii) denunciations received.

#### Article 17

##### Transitional Provisions

(1) During the two years following the entry into force of this Agreement, the countries party to the European Convention which are not yet members of the Special Union may enjoy, if they so wish, the same rights in the Committee of Experts as if they were members of the Special Union.

(2) During the three years following the expiration of the period referred to in paragraph (1), the countries referred to in the said paragraph may be represented by observers in the meetings of the Committee of Experts and, if the said Committee so decides, in any subcommittee or working group established by it. During the same period they may submit pro-

ments des pays qui l'ont signé et, sur demande, au gouvernement de tout autre pays. En outre, il certifie et transmet une copie au Secrétaire général du Conseil de l'Europe.

b) Le Directeur général certifie et transmet deux copies de toute modification du présent arrangement aux gouvernements de tous les pays de l'Union particulière et, sur demande, au gouvernement de tout autre pays. En outre, il certifie et transmet une copie au Secrétaire général du Conseil de l'Europe.

c) Le Directeur général remet sur demande au gouvernement de tout pays qui a signé le présent arrangement ou qui y adhère un exemplaire, certifié conforme, de la classification dans les langues anglaise ou française.

4) Le Directeur général fait enregistrer le présent arrangement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

5) Le Directeur général notifie aux gouvernements de tous les pays parties à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle et au Secrétaire général du Conseil de l'Europe:

- i) les signatures;
- ii) le dépôt d'instruments de ratification ou d'adhésion;
- iii) la date d'entrée en vigueur du présent arrangement;
- iv) les réserves concernant l'application de la classification;
- v) les acceptations des modifications du présent arrangement;
- vi) les dates auxquelles ces modifications entrent en vigueur;
- vii) les dénonciations reçues.

#### Article 17

##### Dispositions transitoires

1) Durant les deux années suivant l'entrée en vigueur du présent arrangement, les pays qui sont parties à la Convention européenne mais ne sont pas encore membres de l'Union particulière peuvent, s'ils le désirent, exercer dans le Comité d'experts les mêmes droits que s'ils étaient membres de l'Union particulière.

2) Durant les trois années suivant l'expiration du délai prévu à l'alinéa 1), les pays visés audit alinéa peuvent se faire représenter par des observateurs aux sessions du Comité d'experts et, s'il en décide ainsi, à celles des sous-comités et groupes de travail institués par lui. Durant le même délai, ils peuvent présenter des propositions de modifications de la classification

dieses Abkommens den Regierungen der Länder, die es unterzeichnet haben, und der Regierung jedes anderen Landes, die es verlangt. Außerdem übermittelt er eine von ihm beglaubigte Abschrift dem Generalsekretär des Europarats.

b) Der Generaldirektor übermittelt zwei von ihm beglaubigte Abschriften jeder Änderung dieses Abkommens den Regierungen aller Länder des besonderen Verbands und der Regierung jedes anderen Landes, die es verlangt. Außerdem übermittelt er eine von ihm beglaubigte Abschrift dem Generalsekretär des Europarats.

c) Der Generaldirektor übersendet der Regierung eines jeden Landes, das dieses Abkommen unterzeichnet hat oder ihm beitrifft, auf Verlangen eine von ihm beglaubigte Abschrift der Klassifikation in englischer oder französischer Sprache.

(4) Der Generaldirektor läßt dieses Abkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

(5) Der Generaldirektor notifiziert den Regierungen aller Vertragsländer der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und dem Generalsekretär des Europarats

- i) die Unterzeichnungen,
- ii) die Hinterlegungen von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden,
- iii) den Tag des Inkrafttretens des Abkommens,
- iv) die Vorbehalte betreffend die Anwendung der Klassifikation,
- v) die Annahmen der Änderungen des Abkommens,
- vi) die Zeitpunkte, zu denen diese Änderungen in Kraft treten,
- vii) die eingegangenen Kündigungen.

#### Artikel 17

##### Übergangsbestimmungen

(1) Während eines Zeitraums von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens können Länder, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens, aber noch nicht Mitglieder des besonderen Verbands sind, auf Wunsch im Sachverständigenausschuß die gleichen Rechte ausüben, die sie als Mitglieder des besonderen Verbands hätten.

(2) Während eines Zeitraums von drei Jahren nach Ablauf der in Absatz 1 vorgesehenen Frist können sich die dort bezeichneten Länder in den Sitzungen des Sachverständigenausschusses und auf Beschluß des Ausschusses in den Sitzungen der von ihm eingesetzten Unterausschüsse und Arbeitsgruppen durch Beobachter vertreten lassen. Während des gleichen Zeit-

posals for amendments to the Classification, in accordance with Article 5 (5), and shall be notified of the decisions and recommendations of the Committee of Experts, in accordance with Article 6 (1).

(3) During the five years following the entry into force of this Agreement, the countries party to the European Convention which are not yet members of the Special Union may be represented by observers in the meetings of the Assembly and, if the Assembly so decides, in any committee or working group established by it.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized hereto, have signed this Agreement.

DONE at Strasbourg on March 24, 1971.

en vertu de l'article 5.5) et reçoivent notification des décisions et recommandations du Comité d'experts en vertu de l'article 6.1).

3) Durant les cinq années suivant l'entrée en vigueur du présent arrangement, les pays qui sont parties à la Convention européenne mais ne sont pas encore membres de l'Union particulière peuvent se faire représenter par des observateurs aux réunions de l'Assemblée et, si elle en décide ainsi, à celles des comités et groupes de travail institués par elle.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent arrangement.

FAIT à Strasbourg le vingt-quatre mars mil neuf cent soixante et onze.

raums können sie Änderungsvorschläge zu der Klassifikation nach Maßgabe des Artikels 5 Absatz 5 unterbreiten; die Beschlüsse und Empfehlungen des Sachverständigenausschusses werden ihnen nach Maßgabe des Artikels 6 Absatz 1 notifiziert.

(3) Während eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens können sich die Länder, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens, aber noch nicht Mitglieder des besonderen Verbands sind, in den Sitzungen der Versammlung und auf Beschluß der Versammlung in den Sitzungen der von ihr eingesetzten Ausschüsse und Arbeitsgruppen durch Beobachter vertreten lassen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Straßburg am 24. März 1971.

**Bekanntmachung  
über das Außerkrafttreten der Europäischen Übereinkunft  
über die Internationale Patentklassifikation**

**Vom 28. Februar 1975**

Die in Paris am 19. Dezember 1954 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Europäische Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 659, 810) ist von der Bundesrepublik Deutschland am 19. Juli 1973 mit Wirkung von dem Tag gekündigt worden, an dem das Straßburger Abkommen vom 24. März 1971 über die Internationale Patentklassifikation (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 283) für sie in Kraft tritt, das ist der 7. Oktober 1975. Die Übereinkunft tritt daher in Übereinstimmung mit ihrem Artikel 8 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland

am 7. Oktober 1975

außer Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 28. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 659) und vom 5. August 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 1161).

Bonn, den 28. Februar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des am 24. Juli 1971 in Paris  
revidierten Welturheberrechtsabkommens**

**Vom 3. März 1975**

Das am 24. Juli 1971 in Paris revidierte Welturheberrechtsabkommen vom 6. September 1952 (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1069, 1111) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2, die Zusatzprotokolle 1 und 2 zu diesem Abkommen sind jeweils nach ihrer Ziffer 2 Buchstabe b für

Monaco

am 13. Dezember 1974

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Januar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 63).

Bonn, den 3. März 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens  
betreffend Auskünfte über ausländisches Recht**

**Vom 4. März 1975**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Juli 1974 zu dem Europäischen Übereinkommen vom 7. Juni 1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (Bundesgesetzbl. 1974 II S. 937) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 19. März 1975  
in Kraft tritt; die Ratifikationsurkunde ist am 18. Dezember 1974 beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Belgien	am	17. Januar 1974
Dänemark	am	10. Juni 1970
Frankreich	am	11. Juli 1972
einschließlich seiner Übersee-Departements und -Territorien		
Island	am	3. Januar 1970
Italien	am	11. Juli 1972
Liechtenstein	am	7. Februar 1973
Malta	am	17. Dezember 1969
Norwegen	am	1. Februar 1970
Österreich	am	5. Januar 1972
Schweden	am	1. Februar 1970
Schweiz	am	20. November 1970
Spanien	am	20. Februar 1974
Vereinigtes Königreich	am	17. Dezember 1969
Zypern	am	17. Dezember 1969

Das Vereinigte Königreich hat die Anwendung des Übereinkommens auf  
Jersey mit Wirkung vom 12. März 1970  
erstreckt.

Bonn, den 4. März 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz**

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.